



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Bürger und Wirtschaft vor wirtschaftlichem Zusammenbruch bewahren – Sogenannte Klimapolitik beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise jede finanzielle Belastung, die durch vermeintlichen Klimaschutz entsteht, unverzüglich einzustellen und dazu staatliche Eingriffe, die mit sogenanntem Klimaschutz begründet werden und die zu einer finanziellen Mehrbelastung der Betroffenen führen, zu beenden sowie bereits beschlossene Regelungen nach Möglichkeit rückgängig zu machen.

Damit einhergehend wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, inwiefern und in welcher Höhe die im aktuellen Haushaltsplan für sogenannte Klimaschutzmaßnahmen vorgesehenen Haushaltsmittel für andere Zwecke, bspw. für die direkte Unterstützung von Bürgern und Unternehmen im Freistaat, verwendet werden können und ob eine Rechtsgrundlage hierfür vorliegt oder erarbeitet werden kann.

Begründung:

Die deutschen Wirtschafts- und Bankenverbände haben für das zweite Halbjahr 2020 eine beispiellose Insolvenzwellen aufgrund der Corona-Maßnahmen angekündigt¹. Auch reichweitenstarke Medien warnen bereits vor einer massiven Welle an Privat- und Unternehmensinsolvenzen im weiteren Verlauf des Jahres². Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete den aktuellen Wirtschaftseinbruch als „*nie dagewesen*“ und machte deutlich, dass dieser im Gegensatz zur Finanzkrise 2008 auch nicht schnell wieder behoben werden könne³. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus wirken sich also verheerend auf Menschen und Wirtschaft in Deutschland aus. Angesichts der Tatsache, dass die wirtschaftliche Existenz von Millionen Menschen und zehntausenden Unternehmen aktuell akut bedroht ist, muss jede unnötige finanzielle Belastung unverzüglich eingestellt werden. Dies gilt für den Staatshaushalt gleichermaßen wie für die betroffenen Bürger und Unternehmen. Die sogenannte Klimapolitik ist aus Sicht der Antragsteller angesichts der drohenden sozialen Katastrophe zu beenden, weil jede zusätzliche Belastung die wirtschaftliche Lage der Betroffenen weiter verschärft. Dies gilt ebenfalls für den sog. „Green Deal“ der EU. Die Antragsteller betonen, dass nicht die „Rettung des Weltklimas“ die hoheitliche Aufgabe der Staatsregierung ist, sondern der Schutz der Menschen im Freistaat vor persönlichem Schaden. Aus Sicht der Antragsteller ist es unstrittig, dass die wirtschaftliche Existenz der Bürger ein höheres Gut darstellt als Quasi-Alleingänge einzelner Staaten zur vermeintlichen Rettung der Welt.

¹ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mittelstand/corona-krise-trifft-mittelstand-schwer-16764845.html>

² <https://www.welt.de/wirtschaft/plus209618165/Pleite-Statistik-Insolvenzwellen-von-bisher-nicht-gekanntem-Ausmass.html>

³ <https://www.merkur.de/politik/corona-angela-merkel-deutschland-lockerungen-grossveranstaltungen-berlin-ministerpraesidenten-zr-13800704.html>